

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 138. Ratssitzung vom 21. Dezember 2016**

### **2574. 2016/134**

#### **Postulat von Michael Kraft (SP) und Ursula Näf (SP) vom 20.04.2016: Unterstützung der ehrenamtlichen Mitarbeit in gemeinnützigen, sozial tätigen Organisationen mit bezahlten Urlaubstagen für städtische Angestellte, Anpassung der Ausführungsbestimmungen zum Personalrecht (AB PR)**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Michael Kraft (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1833/2016): Das Postulat will im Rahmen von fünf Arbeitstagen ehrenamtliche Tätigkeiten in gemeinnützigen, sozial tätigen Organisationen für Angestellte der Stadt ermöglichen. Die ausserschulische Jugendarbeit hat im Arbeitsrecht wie auch in öffentlich-rechtlichen Anstellungsverhältnissen in der Regel eine Sonderstellung. Bis zu einem gewissen Grad ist das gerechtfertigt und doch kommt es zu nicht nachvollziehbaren Ungleichbehandlungen. Ein Beispiel ist in der Begründung unseres Vorstosses ausgeführt. Die Leitung eines Sportprogramms in der Jugendarbeit wird unterstützt, die Leitung eines Ferienprogramms für Menschen mit Behinderungen aber nicht. Da will der Vorstoss ansetzen. Er ist massvoll und hat eine sehr beschränkte Dauer. Es soll keine Kumulation geben aus Jugendarbeit und sonstiger gemeinnütziger Arbeit und der Vorstoss ist beschränkt auf die gemeinnützigen sozialen Tätigkeiten. Es geht nicht darum, Freitage für das persönliche Freizeitvergnügen zu bekommen. Das Ziel ist in erster Linie die Stärkung der Freiwilligenarbeit, gerade in den Bereichen, die ohne sie gar nicht existieren können. Das ist letztlich eine vorteilhafte Situation für alle beteiligten Seiten. Einerseits kann sich die Arbeitnehmerin oder der Arbeitnehmer persönlich und fachlich weiterentwickeln. Der Arbeitgeber kann letztlich auch von diesen Fähigkeiten profitieren und die Gesellschaft profitiert durch die Übernahme der Freiwilligenarbeit.*

*Katharina Widmer (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 7. September 2016 gestellten Ablehnungsantrag: Im Postulat geht es um die ehrenamtliche, abzugeltende Tätigkeit, wie ausserschulische Aktivitäten. Ehrenamtliche unbezahlte Tätigkeiten sind in unserem Land weit verbreitet und sehr geschätzt, sei das bei Organisationen, bei Vereinen, bei Clubs, Gruppen, beim Sport oder bei Nachbarn. Ehrenamtliche Tätigkeit ist bei bemerkenswert vielen von uns gang und gäbe, man bekommt dafür vielerorts auch einen Nachweis. In unserem Land, in dem Eigenverantwortung und Gemeinschaftssinn gross geschrieben wird, ist ehrenamtliche Hilfe in unserem Leben fest verankert. Es ist zu bedenken, dass die meisten von uns das unentgeltlich machen, also unter Verzicht von Lohn und Freizeit und andere im Postulat Erwähnte sollen dafür bezahlt werden. Das finden wir nicht korrekt und lehnen deshalb das Postulat ab.*

Weitere Wortmeldungen:

**Onorina Bodmer (FDP):** *Wie in den letzten Gemeinderatssitzungen zur Budgetdebatte mehrmals betont wurde, leisten die Mitarbeitenden der Stadt eine hervorragende Arbeit. Sie können auch auf einen äusserst grosszügigen Arbeitgeber setzen. Die Stadt verfügt über eine der besten Pensionskassen, gute Löhne, grosszügige Sozialleistungen und eine gute Ferienregelung. Zuzüglich haben die Angestellten neben den üblichen Ferien auch Anrecht auf sechs Betriebsferientage, das sind genug Ferientage, um freiwillige Arbeit zu leisten. In der jetzigen Zeit, mit den Herausforderungen für die Stadtfinanzen, sollen auch Mitarbeitende einen Beitrag leisten an die Erreichung der finanzpolitischen Zielsetzungen. Ein Ausbau der Lohnsumme kommt für uns nicht in Frage. Ehrenamtliche Tätigkeit soll freiwillig bleiben, weshalb wir das Postulat ablehnen.*

**Andreas Kirstein (AL):** *Ich habe das Postulat so verstanden, dass es nicht um eine Ausweitung geht, sondern um eine Gleichberechtigung. Dass neben den Jugend- und Sportaktivitäten auch andere gemeinnützige Aktivitäten entsprechend mit Freitagen versehen werden. Vorher wurde gesagt, dass es merkwürdig sei, dass immer nur Jugend und Sport im Vordergrund steht. Die öffentliche Hand hat das deshalb unterstützt, weil Jugend und Sport früher der militärischen Frühertüchtigung diene, also als ein Teil der Vorbereitung auf die Landesverteidigung gesehen worden ist. Es ist eine Anpassung an die Zeit und an die heutige Realität, dass das jetzt entsprechend ausgeweitet wird. Um Vergünstigungen beim öffentlichen Arbeitgeber geht es nicht. Es geht nur um eine Ausweitung des Zwecks.*

**Matthias Wiesmann (GLP):** *Wir haben uns mit dem Postulat ein wenig schwer getan, weil wir befürchteten, dass man unter der Ausweitung auch sehr viele Sachen subsumieren könnte. Doch man muss es beschränken, auf das, was auch im Postulat steht. Das Jugend- und Sportprogramm ist vom Bund definiert. Die Frage ist, wie man sonst noch zeigen kann, dass der Arbeitgeber einem für diese Tage freigibt. Hier wird eine Umsetzung mit Augenmass benötigt. Wir haben aber das Vertrauen in den Stadtrat, dass dieser ein sauberes Reglement ausarbeitet, der dies klar umreisst. Deshalb unterstützen wir das Postulat.*

**Stefan Urech (SVP):** *Es ist eine Ausweitung des staatlichen Einflusses auf ein Gebiet, wo der Staat nichts zu suchen hat. Die Schweiz steht so gut da, weil wir so ein starkes Vereins- und ehrenamtliches Wesen haben. Also Menschen, die ihre Freizeit hergeben, um etwas Gutes zu tun. Wir haben bei der Quartierkoordination das lebendige Beispiel, wie schief das mit der staatlichen Unterstützung gehen kann. Diese will den ehrenamtlichen Geist finanziell unterstützen, doch in vielen Quartiervereinen sinken die Mitgliederzahlen, dort wo die Quartierkoordination zuständig ist. Wenn sie bezahlt wird, ist die Tätigkeit nicht mehr ehrenamtlich. Wir lehnen das Postulat ab.*

**Karin Weyermann (CVP):** *Wir haben uns dieselben Gedanken gemacht wie die GLP, sind aber zu einem anderen Schluss gekommen. Es ist nicht so klar definiert wie bei der ausserschulischen Jugendarbeit, was genau alles unterstützt werden soll. Wir sehen ein Gefahrenpotenzial, dass es immer mehr ausgeweitet wird. Es ist nicht so, dass die Stadt*

3 / 3

*das alleine so geregelt hat, auch der Kanton kennt ähnliche Regelungen. Dazu gibt es die Rechtsprechung und dort ist klar aufgezeigt, was es mit der neuen Regelung so nicht gäbe, weshalb wir das Postulat ablehnen.*

**Ursula Näf (SP):** *Es geht darum, die Freiwilligenarbeit zu stärken. Die Schweiz ist ein Vereinsland und diese Arbeit ist wichtig, sie trägt zum Funktionieren unserer Gesellschaft bei. Die Leute sollen sich organisieren und nicht die Quartierkoordination oder sonstwas. Sie sollen gemeinsam aktiv werden, Projekte initiieren und umsetzen. Das ist das Herz der Zivilgesellschaft. Wir wollen genau das stärken, indem wir den Leuten den Raum geben, den zeitlichen Raum auch schlussendlich, um das Engagement zu leisten.*

**Andreas Egli (FDP):** *Ehrenamtlich heisst genau nicht, dass man die Arbeit, die man ausserhalb des Jobs freiwillig macht, zum Stundensatz des Staatsangestellten macht. Deshalb ist der Begriff komplett falsch verwendet. Es gibt einen Unterschied zwischen Jugend- und Sportangeboten, die sehr gut durchstrukturiert sind, vom Bund sind und ihre Wurzeln in der Mehrertüchtigung der Jugend haben. Die Kurse werden mit einer Erwerbsersatzkarte finanziert, d. h. wenn der städtische Mitarbeiter diese Dienstage in Anspruch nimmt, bekommt er 70 % bis 80 % seines Lohnes über die Karte bezahlt. Das ist bei den jetzt vorgesehenen Angeboten nicht der Fall. Deshalb wird es faktisch eine Ausweitung geben und eine Abklärung brauchen, welche Kurse hierunter fallen und wir zweifeln, ob das wirklich notwendig ist. Das hat nichts mit ehrenamtlich zu tun. Deshalb lehnen wir das ab.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Bei entsprechenden Kursen gewährt die Stadt bei diversen Tätigkeiten Freitage in unterschiedlichem Ausmass, beispielsweise bei humanitären Einsätzen. Wir haben eine gewisse Vielfalt, das Postulat ist aber relativ weit gefasst. Wir konnten es nicht eingrenzen, schauen es aber gerne einmal an. Die Frage ist, wenn jemand sich bei den Jugend- und Sportlagern engagiert, warum nicht auch ehrenamtliche Betreuung in einem Behindertenlager unterstützt werden soll. Aber es wird letztlich zu mehr Freitagen führen, deshalb müssen wir das ganz genau anschauen, was wir gleichstellen und was nicht. Allenfalls werden wir mit einem Pilotprojekt fahren, um das genau zu eruieren.*

Das Postulat wird mit 75 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat